

Polmer Tagblatt

Erscheint täglich 5 Uhr früh in eigener Verlagsbuchdruckerei (Dr. M. Kempf & Co.),
Radebergerstraße 20, für die Redaktion und Druckerei verantwortlich: Hans Lorber.

Herausgeber: Redakteur Hugo Dabel,
Korrespondent Hr. 56.

14. Jahrgang Nr. 1164
Einzelpreis 12 Heller.

Generalstabsberichte.

Wien, 8. März. (K.B.) Antlitz wird verlaubar:
Nichts Besonderes zu melden. — Der Chef des Generalstabs.

Berlin, 8. März. (K.B. — Wolffbüreau.) Aus dem Großen Hauptquartier wird antlitz gemeldet: Westlicher Kriegshauptplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merano 30 Belgier, nordöstlich von Festubert 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenverfechtung lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. — Heeresgruppe deutscher Kronprinz: Sturmsabteilungen brachten von einem Vorstoß nördlich von La Neuville und südlich von Vercy au Bar eine Anzahl Franzosen gefangen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtsfähigkeit auf Stützpunkten beschränkt, das sich auf dem östlichen Ufer der Maas vorübergehend steigerte. — Heeresgruppe Herzog Albrecht: An der Lothringers Front entwickelten die französischen Artillerie zwischen Sesse und Plaine rege Tätigkeit. — Von den übrigen Kriegshauptplätzen nichts Neues. — Der Erste Generalquartiermeister von Lubendorf.

Traschnachrichten.

Verzicht des deutschen Admiralsstabes.

Berlin, 8. März. (K.B.) Das Wolffbüreau meldet: Im Sperrgebiet um England wurden 18.500 Deutscher registriert worden. — Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Nachricht des Generalartillerieinspektors.

Wien, 8. März. (K.B.) „Streffleurs Militärblatt“ meldet: Seine Majestät hat nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben erlassen: Euer Herr Vetter Erzherzog Leopold Salazar! Wenn Ich Ihrer wohlbegründeten Bitte, vom Posten des Generalartillerieinspektors scheidet zu dürfen, in Gnaden willfahre, so ist es Mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen für die nahezu elf Jahre langen, an dieser Stelle geleisteten, sehr ersprießlichen Dienste Meine vollste Anerkennung und Meinen wärmsten Dank auszusprechen. In Würdigung Ihrer hervorragenden Verdienste verleihe Ich Ihnen Meinen Orden der Eisernen Krone I. Kl. mit der Kriegsdekoration und ordne Ihre Verleihung in die ohne Gehalt beurlaubten Generale an. Baden, 7. März 1918. Karl m. p.

Polenabende im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März. (K.B.) Die zweite Lesung des Etats gestattete sich gelegentlich der Verhandlung des Voranklages der Anstiftungskommission zu einer allgemeinen Erörterung aller polnischen Fragen. Der Vize Seyda gibt eine Erklärung ab, wonach gemäß der einschlägigen Auffassung des polnischen Volkes die Polen von dem von der polnischen Fraktion im preussischen Landtag und im deutschen Reichstag eingenommenen Standpunkten nicht abweichen können. Sie halten jeden weiteren Meinungsaustrausch augenblicklich für aussichtslos, da die Regierung das Höchstprogramm an Konzessionen vorgelegt habe, das von allen polnischen Parteien und Bevölkerungsklassen ausnahmslos zurückgewiesen wurde. Deshalb lehnen die Polen es ab, sich heute an der Polenabende zu beteiligen. Die Polen wollen jedoch diese Gelegenheit benützen, um gegen die durch den ukrainischen Friedensvertrag beschlossene Abtrennung des Cholmer Landes und Podolews mit Entzückung zu protestieren. Redner bezeichnet sodann die Stelle in der letzten Rede des Reichskanzlers, wonach deutschseits bei der Regelung der westlichen Grenzen des Königreiches Polen nur das aus militärischen Gründen unerlässlich gefordert werden würde, als Ankündigung einer Annexionspolitik, die ein friedliches und freundschaftliches Nebeneinanderleben des Deutschen und des polnischen Volkes unmöglich machen würde. Redner schloß mit der Erklärung, daß die polnischen Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus den ukrainischen Friedensvertrag niemals als rechtlich anerkennen werden.

Der Vertreter der Konserverativen, Wolff, erklärte, angeht bis an das Meer reichenden, sogar die polnischen Bevölkerungsstellen in Westfalen und der Rheinprovinz einschließlichen Ansprüche der Polen weisen die deutschen Bevölkerungsstellen Westfalens und Westfalens mit Entzückung und Sorge von der deutschen Politik ab und fordern die Regierung auf, von ihrem bisherigen Wege der Veröhnung mit den Polen abzulassen und die Anstiftungspolitik kraftvoll fortzusetzen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Friedberg, erklärt, die Veränderungen in der Polenpolitik der Regierung seien nicht aus dem Veröhnungsstandpunkte zu beurteilen, sondern sollen die Ungerechtigkeiten vor dem Geichte abschaffen. Der Minister weist die Behauptung des Vorredners zurück, daß die Polenpolitik durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes leiden würde, und erklärt, die Regierung sei sich ihrer Politik wohl bewußt, die Wacht im Osten zu halten, die ebenfalls wichtig sei, wie die Wacht am Rhein. Der Minister rüchtigt hierauf die bevorstehende Aufhebung des Entzückungsgeheßes, das nur ein aufreizend wirkendes Schwert

von Puppe war. In Bezug auf die heutige Erklärung der Polen erklärt der Minister, er könne keine Vertreter der polnischen Nation in Preußen, sondern nur preussische Abgeordnete. Daß Abgeordneter Seyda das Entgegenkommen der Regierung als beleidigend bezeichnen würde, beweise nur, daß die Regierung viel zu weit gegangen wäre. Die Meinung des Abgeordneten Seyda, daß die Regierung sich auf gewisse deutschfreundliche, kleine Gruppen innerhalb des polnischen Staatsgebietes stütze, sei irrig. Wir sehen darin wohl gewisse Anfänge einer Veröhnung, aber nicht ein, sie hätten schon jetzt die Bedeutung, die sie dafür haben müssen. Sendas Protest in der Cholmer Frage gehört nicht ins preussische Abgeordnetenhaus. Der Minister wisse übrigens nicht, was die Polen selbst taten, um ihr Vaterland vom zaristischen Regime zu befreien. Das verdanken sie im wesentlichen der Zentralmächte; einen Dank hierfür verweigern wir nicht. Die Erstzückungsbedingungen unseres Vaterlandes, schließt der Minister, ordnen wir nicht nach den polnischen Wünschen, sondern nach unseren eigenen.

Der Sozialdemokrat Braun erklärt, im Interesse der Veröhnung müsse die preussische Polenpolitik von Grund aus geändert werden, damit nicht eine aggressive Zerebent: in den polnischen Landestellen aufwache und ein freundschaftliches Verhältnis zum selbständigen Polen möglich wird. Man müsse außerdem mit dem Hakatismus und allen Ausnahmestimmungen. Wir verlangen auch für die Polen die gleichen Rechte, sowie sie die gleichen Pflichten haben.

Der Nationalliberale Fuhrmann erklärt, das Volk und die Regierung müssten jedem Vortreiben der Polen, Gebiete der Ostmark loszulassen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die künftige Ostmarkpolitik müsse eine Bodenpolitik sein. Auch in den Städten müsse das Deutschum gestärkt werden. Der Redner greift den Oberpräsidenten von Posen an, den sodann der Minister des Innern verteidigt.

Abg. Winkler (konservativ) bezeichnet die Regierungspolitik im Osten als eine Annexionspolitik. Ilusion war es, als der erste Gedanke eines Königreiches Polen aufstauete. Die Regierung erlebe bei den Polen dauernd Entzückung über Entzückung. Der Landwirtschaftsminister erklärt, mit der Aufhebung des Entzückungsgeheßes erfüllt die Regierung ihr im Vorjahre gegebenes Versprechen. Gewiß dürfe man keine Karte gegen die Polen aus der Hand geben, aber das Entzückungsgeheß sei keine Karte mehr.

Abg. Gaigabat (Littauer) tritt für einen eigenen Austausch Staat ein, der ein gewaltiges Gegengewicht gegen Polen bilden würde.

Schließlich rechtfertigt der Kultusminister den Erlaß seines Vorgängers, wonach der Religionsunterricht in der Provinz Posen in den unteren Stufen polnisch erteilt werden soll, weil die Kinder der deutschen Sprache nicht mächtig seien. Diese Frage sei keine politische und auch keine Frage, die geeignet wäre, den Polen eine Konzeßion zu geben. Sie müsse mit voller Festigkeit und Ruhe entschieden werden, deren die Sorge für die Erziehung der Kinder bedürfe.

Hierauf wird der Vorschlag der Anstiftungskommission gegen die Stimmen der Polen und der Sozialdemokraten angenommen.

Bonar Law über die Lage.

London, 7. März. (K.B. — Reuters.) Im Unterhaus brachte Schachkanzler Bonar Law den Besetzungswurf über einen Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling ein und führte dabei aus, dies wäre die größte Kreditverlebung, die vor das Haus gebracht worden sei. Er sei froh, sagen zu können, daß kein Erhöhungskredit nötig sein werde, und daß die im Dezember bewilligte Summe bis zum Ende des Finanzjahres ausreichen wird. Der Durchschuß der täglichen Ausgaben für Kriegszwecke vom Beginn des Finanzjahres bis zum 9. Februar betrage 6,557,000 Pfund Sterling. Mit Bezug auf die den Alliierten gegebenen Anleihen sagt der Schachkanzler, er erkenne, daß das, was sich in Rußland ereignet habe, es zweifelhaft mache, ob das ganze, Rußland vorgeführte Geld zurückzuerhalten werden würde. Er halte es für ratsam, mit der Erörterung dieser Angelegenheit noch bis zur Verhandlung des Budgets zu warten und inzwischen anzunehmen, daß die Rußland gewährten Anleihen gedeckt werden würden. Die gegenwärtige Überführung der Ausgaben über den Haushaltsvoranschlag wird auf 14,250,000 Pfund geschätzt. Die Hauptüberforderung sei durch das Meer verursacht worden. Bonar Law sagte weiter über die militärische Lage, daß das ganze heutige Kolonialreich verschwunden sei. Der militärische Erfolg Rumänien sei völlig von der Mitwirkung Rußlands abhängig gewesen. Für England wäre es den Umständen nach unmöglich gewesen, zu Hilfe zu kommen. Gegenwärtig finden Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten statt und man könne nur die Sympathien für jenes Land ausdrücken und das Gedächtnis darüber ausdrücken, daß außerhalb der Macht Englands liegende Verhältnisse es unmöglich gemacht hätten, Rumänien zu Hilfe zu kommen. In Bezug auf Mesopotamien

und Palästina sagt der Schachkanzler, daß er wohl des ganzen Krieges sehr für die Theorie eines gemeinsamen Interesses sei, nachdem die Mittelmächte gemeinsam die Gebiete einer Reihe, die keine zurechnen werden können, wenn man ein Bild dieser Karte zurechnen würde. Es handle sich hier nicht um Theorien, sondern um militärische Möglichkeiten und er wisse, ob es jemals gelingen sei, entscheidende Operationen durch über See heranzuführen. Truppen durchzuführen. Als das Land genug Landnagen hatte, habe es nicht genügend ausgebildete Truppen und jetzt machen die Schiffsraumverhältnisse es unmöglich, noch stärkere Kräfte auf den Kriegshauptplatz zu bringen. Kein maßgebender Soldat oder Pilot habe je gesagt, daß England den Ereignissen im Osten gleichgültig gegenüberstehen könne. Doch hat auch nur ein maßgebender Soldat behauptet, daß die Westfront genügend Mannschaften haben müsse, um jedes erforderliche Ergebnis zu erzielen? Bezüglich Palästinas sagt Bonar Law, die ganze Welt sei tief bewegt gewesen, als die Expedition nach Palästina unter Einmahnung von Jerusalem den Höhepunkt erreichte. Aber der Höhepunkt sei nicht das Ende und man dürfe den Erfolg nicht nur als einen politisch-moralischen ansehen und vom Standpunkt der englischen Stellung in Indien sei er nicht nur eine Folge moralischer Vorteile, sondern der Stärke Indiens und der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Der Minister fuhr sodann fort: Die Operationen in Salonik sind oft kritisiert worden, aber die Lage wird schwerlich ganz richtig verstanden. Wenn sich die Truppen in Salonik in keiner bezüglichen Lage befinden, so sind die Verhältnisse in Rußland daran schuld. Wir hatten niemals erwartet, daß sich diese Truppen rein passiv verhalten würden. Aber die Ereignisse in Rußland verstellten unsere Pläne. Wir gehen zu, daß die dortige Lage gefährlich wurde, aber nach allen unseren Informationen würde eine Expedition der Mittelmächte kostspielig für sie werden und sie würden jeden Meter, den sie die Truppen der Verbündeten zurücktrieben, teuer bezahlen. Es ist nicht schwer, diese Expedition zu rechtfertigen. Ohne sie wäre König Konstantin noch auf dem griechischen Thron und ganz Griechenland wäre von den Deutschen über den Haufen gerannt worden. Die griechischen Häfen würden den feindlichen Unterseebooten zur Verfügung und das Unterseebootproblem wäre so schwierig geworden, daß wir unsere Verbindung mit dem Osten kaum aufrecht erhalten könnten. Ueber die Lage im Westen sagte Bonar Law: Meiner Ansicht nach wäre der Krieg im Vorjahre zugunsten der Alliierten beendet worden, wenn nicht die Ereignisse in Rußland eingetreten wären. Diese Ereignisse sind ein furchtbarer Schlag für die Verbündeten, aber Deutschland ist dem Frieden, den es erwartet, nicht um einen Schritt näher gekommen. Die Ereignisse in Rußland verstellten die Lage unserer Feinde erheblich, aber es ist lächerlich, anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Rußland ausbenten könne. Die neue Lage in Rußland hat die Situation an der Westfront völlig verändert. In den letzten Monaten wurden nicht weniger als 30 Divisionen an die Westfront verschoben. Fast man aber die gesamte Front vom Kanal bis zur Adria, die italienische mit eingerechnet, ins Auge, so haben wir die größere Truppenzahl.

London, 8. März. (K.B.) Das Unterhaus hat einstimmig den Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling bewilligt.

Friedensbewegung in England.

Rotterdam, 7. März. (K.B.) Der „Algemeen Rant Courant“ meldet aus London: Gestern wurde hier eine Versammlung abgehalten, deren Teilnehmer das Ziel verfolgten, die Vorträge Lansdownes zu unterstücken. Hier, der Herausgeber der „Wochenschrift „Economist“, Lord Histon und Noel Boyton bilden das Präsidium. Hier führte bei seiner Eröffnungsrede aus: Lansdownes Ansichten würden jetzt vermutlich von der Mehrheit der denkenden Menschen im vereinigten Königreich geteilt. Die Politik, die auf dem Standpunkte des existierenden Sieges stehe, sei zu schwerfällig für die vielen christlichen Menschen, die der Ansicht seien, daß England an diesem Kriege teilnehme, um einen gerechten Frieden zu erzielen. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Lansdowne bald von einer großen öffentlichen Rednertribüne herab sprechen werde. (Beifall.) Der Abgeordnete von Leeds, Smith, sagte, das Haupthindernis für den Frieden liege darin, daß es den Alliierten nicht gelingen sei, zu einer einheitlichen Führung zu gelangen. Das Vorgehen Spans wird für die Alliierten neue Bemühungen mit sich bringen. Die Versammlung beschloß, Lansdowne für seinen zweiten Brief den Dank auszusprechen und Versammlungen, wie die heutige, abzuhalten, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß Lansdowne selbst die Leitung derselben übernehmen werde.

Die Intervention Japans.

London, 6. März. (K.B.) „Daily News“ erfahren maßgebenderweise, daß die endgültige Vereinbarung über die Intervention Japans in Sibirien grundsätzlich entschieden ist, aber aufgeschoben werde, bis der britische Botschafter eintrifft, der beauftragt war, sich bei der japanischen Regierung über die folgenden zwei Punkte Bemühung zu verschaffen: 1. Auf welche Strecke der

